

Weichzeichner und Schwarzmaler. Warum wir eine differenzierte Debatte über das Kaiserreich brauchen

Der Schatten des Kaiserreichs ist lang.¹ Er reicht bis in die Gegenwart. Die Debatte über den Nationalstaat von 1871, die im vergangenen Jahr nicht nur die Geschichtswissenschaft beschäftigte, sondern die auch in einer breiteren, medialen Öffentlichkeit geführt wurde, hatte zwar im 150. Jahrestag der Reichsgründung einen jubiläumskalendarischen Anlass. Doch der runde Jahrestag allein kann die Intensität der Auseinandersetzung nicht erklären. Sie trug von Anfang an geschichtspolitische Züge und war Teil einer geschichtsbezogenen Selbstverständigung, drei Jahrzehnte nachdem 1990 zum zweiten Mal in der deutschen Geschichte ein deutscher Nationalstaat entstanden war. Das unterscheidet die Debatte und ihren Ort von früheren Auseinandersetzungen über das Kaiserreich und seine historische und politische Bewertung. Diese reichen zurück bis in die Zeit unmittelbar nach dem Untergang der Monarchie am Ende des Ersten Weltkriegs.

Die Demokratie- und Freiheitsdefizite des Kaiserreichs zu überwinden, war für die Weimarer Republik und insbesondere die in der Weimarer Koalition zusammenarbeitenden Kräfte aus Sozialdemokratie, Zentrum und linkem Liberalismus der entscheidende Imperativ ihres politischen Handelns insbesondere in der Frühphase der Republik nach der Revolution von 1918. Die Republik und ihre Verfassung entstanden in kritischer Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich. Zugleich jedoch gehörte die mangelnde Distanz zum Kaiserreich und seinen Eliten, die sich nicht zuletzt in der nahezu kollektiven Weigerung spiegelte, deren Anteil an der Verantwortung für den Kriegsbeginn 1914 klar zu benennen, zu den Belastungen der Republik. Darüber hinaus erschien das Kaiserreich insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Krisen der Jahre nach 1918 als ein goldenes Zeitalter, was

1 Dieser Beitrag geht zurück auf die Podiumsdiskussion „Neue Kontroversen um das alte Reich“ im Rahmen des Kolloquiums zur Liberalismus-Forschung „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie? Deutsches Kaiserreich, Nationalstaat und Europa“ des Archivs des Liberalismus im November 2021 in Jena. Er greift Überlegungen und Argumente auf, die ich ausführlicher dargelegt habe in meinem Buch: Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe. München 2020; vgl. aber auch Eckart Conze: Erinnerungskulturelle Rechtswende. 150 Jahre 1871 und der Deutungskampf ums Kaiserreich. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2021, S. 85–95.

freilich eine stark schichtenspezifische Wahrnehmung war, die überdies die politischen Bedingungen des Obrigkeitstaates ausblendete.²

Nach 1945 hat es lange gedauert, bis das Kaiserreich und mit ihm der erste deutsche Nationalstaat zu einer historisch abgeschlossenen Epoche werden konnten. In der frühen Nachkriegszeit zeichneten Historiker ein Bild des Kaiserreichs, das vor allem dem Zweck diente, angesichts der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Verbrechen sowie der deutschen Teilung die Idee der Nation und des deutschen Nationalstaats zu retten. Weit darüber hinaus, das Kaiserreich lediglich nostalgisch als „gute alte Zeit“ darzustellen, sollte seine Geschichte zeigen, dass ein deutscher Nationalstaat nicht nur möglich, sondern dass der Nationalstaat von 1871 bis in die Gegenwart anschlussfähig geblieben war, reanimierbar und durch den Nationalsozialismus gerade nicht diskreditiert. Einem kritischen Blick auf das Kaiserreich war das insbesondere in Deutschland selbst, vor allem in der Bundesrepublik, und in der deutschen Geschichtswissenschaft nicht zuträglich. Kritisch hingegen war das Kaiserreichbild emigrierter Historiker, die schon früh nach den Verbindungslinien vom Kaiserreich ins Dritte Reich fragten. Sie wollten sich mit den verkürzenden Hinweisen auf den Ersten Weltkrieg und insbesondere die deutsche Niederlage sowie den Versailler Vertrag nicht begnügen, zumal dies am Ende in einer nationalapologetischen Argumentation die Verantwortung für die Dauerkrise der Weimarer Republik sowie den Aufstieg und die Machtübernahme den Siegern des Weltkriegs zuwies.

In den Jahren um 1960 sorgte der Hamburger Historiker Fritz Fischer zunächst mit seinen Thesen zum Beginn des Ersten Weltkriegs, später dann zu den Kontinuitätslinien zwischen zweitem und Drittem Reich, für eine heftige Kontroverse in der Historikerzunft, die auch Politik und Öffentlichkeit erfasste.³ Die kritische Auseinandersetzung mit dem Kaiserreich und einem schwarz-weiß-roten Geschichtsbild, das wurde hier deutlich, war im weiteren Kontext ein wichtiges Element der politischen und sozialkulturellen Liberalisierung und Westorientierung der Deutschen nach 1945. Vor diesem Hintergrund charakterisierte seit den 1960er Jahren zunehmend eine kritische Distanz in Geschichtswissenschaft und Öffentlichkeit das Kaiserreich-Bild. Nicht zuletzt in der Denkfigur des deutschen „Sonderwegs“ bündelte sich, vorangetrieben durch die Fischer-Kontroverse und vor allem in einer jüngeren Historiker-Generation, diese kritische Perspektive. Historiker wie Hans-Ulrich Wehler oder Jürgen Kocka und die mit ihnen verbundene „Bie-

2 Als literarisches Zeugnis dafür s. beispielsweise Stefan Zweig: *Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers* (1944). Frankfurt a.M. 1994.

3 Vor allem Fritz Fischer: *Griff nach der Weltherrschaft. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, 1914–1918*. Düsseldorf 1961, aber auch ders.: *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945*. Düsseldorf 1979.

lefelder Schule“ kehrten dabei die schon aus der Zeit des Ersten Weltkriegs stammende nationalkonservative Deutung der deutschen Geschichte um, die den deutschen Nationalstaat, das Kaiserreich, und seinen Autoritarismus als überlegenen Gegenentwurf zu westlichen Modellen pries und als „deutschen Weg“ ideologisierte.⁴ Jenseits der Geschichte des Kaiserreichs lag die Bedeutung der Sonderwegsthese darin, dass sie historische Kontinuitätslinien über das Jahr 1918 hinaus postulierte und 1871 mit 1933 verband.

Durchgesetzt hat sich die Sonderwegsthese am Ende nicht, auch weil sie die deutsche Geschichte am Standard einer westlichen Normalentwicklung maß und die Geschichte der westlichen Nationen idealisierte und verklärte. Aber das entwertet nicht die Ergebnisse der von der Sonderwegsthese ausgehenden Forschung, und vor allem macht es nicht die Frage nach den Verbindungen von Kaiserreich und Nationalsozialismus obsolet. Genau das spielt in den gegenwärtigen Diskussionen eine wichtige Rolle. Wer das Kaiserreich in ein rosiges Licht tauchen, wer es als Modell deutscher Nationalstaatlichkeit wieder salonfähig und wer den Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Nationalstaats Kaiserreich stellen möchte, der muss daran interessiert sein, die Verbindungen zwischen Kaiserreich und Drittem Reich zu negieren, zumindest aber zu relativieren, was freilich zu einer erneuteten historischen „Verinselung“ des Nationalsozialismus führt. Dann erscheint der Nationalsozialismus wieder als ein „Betriebsunfall“ der deutschen Geschichte, wie es der deutsch-amerikanische Historiker Fritz Stern schon vor mehr als einem halben Jahrhundert feststellte, als der Berliner Historikertag 1964 über die Thesen Fritz Fischers debattierte.⁵ Genau zur gleichen Zeit fragte auch Ralf Dahrendorf in seinem Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ (1965) nach den Ursachen des Nationalsozialismus. Er suchte die Antwort darauf in einer weiteren Frage: „Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenig Freunde gefunden?“ Für den liberalen Soziologen war das die eigentliche „deutsche“ Frage, und sie ließ sich nicht durch den Hinweis auf den Versailler Vertrag oder die Person Adolf Hitlers beantworten, sondern führte vielmehr weit ins 19. Jahrhundert und in die Geschichte des Kaiserreichs zurück.⁶

Mit seinem Titel „Auf dem Weg zur liberalen Demokratie?“ – wohlge-merkt: mit Fragezeichen – nahm das Jenaer Liberalismus-Kolloquium 2021 Dahrendorfs Frage wieder auf und richtete sie auf das Kaiserreich. Es wäre ahistorisch, das Kaiserreich an jener liberalen Demokratie zu messen, die sich in der Bundesrepublik nach 1945 allmählich – und nicht ohne Widerstände – durchgesetzt hat. Doch schon im 19. Jahrhundert zielten liberales

4 Dazu noch immer Bernd Faulenbach: Ideologie des deutschen Weges. München 1980.

5 Fritz Stern: Fünf Deutschland und ein Leben. Erinnerungen. München 2007, S. 302 f.

6 Ralf Dahrendorf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München 1965, S. 15–43 (dort auch die Zitate).

Denken und liberale Politik auf eine freiheitliche Bürgergesellschaft.⁷ Im Zentrum der liberalen Idee, so wie sie sich in Deutschland und Europa auf durchaus unterschiedliche Weise entwickelte, stand auf der Grundlage der Existenz beziehungsweise der Anerkennung individueller Menschen- und Bürgerrechte der Einzelne, der einzelne Mensch als freier Bürger mit freien politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten. Hinzu traten Vorstellungen politischer Willensbildung, die insbesondere durch parlamentarische Vertretungen das monarchische Prinzip und die monarchische Herrschaft überwinden sollten. An diesen Maßstäben und Zielvorstellungen muss man das Kaiserreich messen. Dieses steht fraglos für wichtige Liberalisierungsfortschritte, nicht zuletzt im Bereich der Wirtschaft. Gerade seine politische Illiberalität verhinderte jedoch den Durchbruch zur freiheitlichen und demokratischen Staatsbürgergesellschaft. Das meinte Theodor Mommsen, der große liberale Historiker, der zeitweise auch dem Preußischen Abgeordnetenhaus sowie dem Reichstag angehörte, als er am Ende seines Lebens resigniert feststellte, er habe stets gewünscht, „ein Bürger zu sein“. Doch das sei „nicht möglich in unserer Nation, bei der der Einzelne [...] über den Dienst im Gliede und den politischen Fetischismus nicht hinauskommt“. Wenige Jahre zuvor hatte er das politische System des Kaiserreichs als „pseudokonstitutionellen Absolutismus“ charakterisiert.⁸ Der Soziologe Max Weber sprach von einer „kontrollfreien Beamtenherrschaft“,⁹ und nicht nur für den Staatsrechtler Gustav Radbruch, später für einige Jahre Justizminister der Weimarer Republik, blieb das Kaiserreich bis zu seinem Ende ein „Obrigkeitstaat“.¹⁰

Der autoritäre Nationalstaat, der 1871 in der Folge dreier Kriege und als Ergebnis einer Revolution von oben entstanden war, ließ wenig Raum für ein freiheitliches und demokratisches Verständnis von Nation. Von der Nation als Willensgemeinschaft sprach der französische Gelehrte Ernest Renan, die durch das, wie er 1882 formulierte, tägliche Plebisit ihrer Bürger –

7 Siehe dazu und zum Folgenden Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a.M. 1988, S. 7–11.

8 Theodor Mommsen zit. nach: Jürgen Malitz: „Ich wünschte, ein Bürger zu sein.“ Theodor Mommsen im wilhelminischen Reich. In: Karl Christ/Arnoldo Momigliano (Hrsg.): Die Antike im 19. Jahrhundert in Italien und Deutschland. Berlin/Bologna 1988, S. 281–298. Vgl. auch Lothar Gall: „... ich wünschte ein Bürger zu sein“. Zum Selbstverständnis des deutschen Bürgertums im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift (HZ) 245 (1987), S. 601–623.

9 Max Weber: Gesammelte Politische Schriften. Tübingen 1988, S. 442.

10 Gustav Radbruch: Die politischen Parteien im System des deutschen Verfassungsrechts. In: Gerhard Anschütz/Richard Thomas (Hrsg.): Handbuch des deutschen Staatsrechts, Bd. 1. Tübingen 1930, S. 285–294. Zur Bewertung des Kaiserreichs in der zeitgenössischen Staatsrechtslehre siehe auch Michael Dreyer: Verfassung und Staatsrechtslehre. Konstruktion und Kritik, <https://www.demokratie-geschichte.de/3093/verfassung-und-staatsrechtslehre-konstruktion-und-kritik> (2.5.2022).

„un plébiscite de tous les jours“ – immer wieder neu bestätigt werde, ja bestätigt werden müsse. Mit diesem Argument bezog der Historiker und Religionswissenschaftler damals auch Stellung gegen die deutsche Annexion des Elsass, dessen kulturell und ethnisch deutschen Charakter er nicht bestreitet: „Das Elsass ist von der Sprache und der Rasse her deutsch; aber es will nicht Teil des deutschen Staates sein; das entscheidet die Frage. [...] Unsere Politik ist die Politik des Rechts der Nationen; Ihre ist die Politik der Rassen. [...] Sie haben in der Welt die Fahne der ethnographischen und archäologischen Politik anstelle der liberalen Politik erhoben“.¹¹ Vor dem Hintergrund der Entwicklung der deutschen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert, die meinte, das Recht der Deutschen auf einen nationalen Staat rechtfertigen zu müssen, erscheint die Rede von der Nation als Sprach- oder Abstammungsgemeinschaft nachvollziehbar, zumal sie sich partiell durchaus mit liberalen und demokratischen Begründungen verband. Aber mit der Geburt des Nationalstaats verlor dieses liberal-demokratische Nationsverständnis an Bedeutung. Das nationale Wahlrecht wurde nicht von den Bürgern erstritten, sondern von oben gewährt, es war ein Instrument in politischer Absicht, zumal das nationale Parlament, das dieses Wahlrecht konstituierte, in seiner politischen Macht beschränkt blieb. Das „demokratische Zukunftsversprechen“ (Dieter Langewiesche), das der Nationalstaat in Deutschland vor 1870 bedeutete, blieb im Prozess der Reichsgründung und in den Verfassungsinstitutionen des Kaiserreichs uneingelöst.

Aus der eher britischen Perspektive von Oliver Haardt, Autor einer umfangreichen Verfassungsgeschichte des Kaiserreichs, mag es leicht sein, Verfassungstexte als schriftlich fixierte Normen beiseitezuschieben. Die Bedeutung der „Verfassungswirklichkeit“, also konstitutioneller und verfassungspolitischer Praktiken, war in Großbritannien, wo es keine geschriebene Verfassung gab, freilich deutlich größer als in Deutschland, wo Verfassungstexte die Verfassungswirklichkeit und die Grenzen insbesondere des institutionellen Wandels maßgeblich bestimmten.¹² Das bedeutet nicht, dass es nicht unterhalb der Ebene der Verfassung und der nationalen politischen Institutionen Dynamiken liberaler Nationsbildung gab. Dazu gehörte nicht zuletzt der Ausbau einer modernen Rechtsstaatlichkeit: Gerichte, welche die gesetzlichen Rechte der Bürger pflegten und schützten, und das auch, zumindest meistens, vor staatlicher Willkür. Der Staat selbst war in seinem Handeln an

11 Ernest Renan an David Strauß, 13.9.1870, zit. nach: Jörn Leonhard: Bellizismus und Nation. Kriegsdeutung und Nationsbestimmung in Europa und den Vereinigten Staaten, 1750–1914. München 2008, S. 568.

12 Auch die insgesamt positiv-optimistische Deutung der Verfassungsentwicklung im Kaiserreich von Oliver Haardt kann sich am Ende dieser Einsicht nicht verschließen; vgl. Oliver Haardt: Bismarcks ewiger Bund. Eine neue Geschichte des Deutschen Kaiserreichs. Darmstadt 2020.

Recht und Gesetz gebunden, doch zum freiheitlichen Staat machte ihn das nicht.

Die kritische Distanz zum Kaiserreich wird von einigen Historikern heute als Spezifikum der alten Bundesrepublik hingestellt, geboren aus der Notwendigkeit der Westbindung, als gleichsam historiographische Unterfütterung der westdeutschen Demokratiegründung und eines post-nationalen Selbstverständnisses. Das verbindet sich implizit oder explizit mit der Position, dass sich im Nationalstaat Bundesrepublik seit 1990 die Frage nach der deutschen Nationalgeschichte neu stelle. Dominik Geppert beispielsweise sieht in der Kritik an den aus seiner Sicht teils plumpen, teils subtileren Versuchen, den Nationalstaat Bundesrepublik in die Tradition des Reiches von 1871 zu stellen, eine „fehlende intellektuelle Selbstanerkennung des vereinigten Deutschlands als Nationalstaat“.¹³ Doch warum braucht der Nationalstaat Bundesrepublik, warum brauchen die Deutschen der Gegenwart ein anschlussfähiges Kaiserreich? Es geht hier wohl auch um die Vorstellung von Nation und Nationalstaatlichkeit per se, um Ideen von nationaler Souveränität und Durchsetzungskraft, von nationaler Macht, die der Vorstellung autonomer nationaler Machtstaatlichkeit der Zeit um 1900 stärker ähneln als der Idee geteilter Souveränität und verflochtener nationaler Interessen, so wie sie sich nach 1945 insbesondere in Europa entwickelt hat und in Gestalt von Westbindung und europäischer Integration zu einem Kern der Staatsräson der Bundesrepublik wurde.

Doch der Streit über das Kaiserreich ist nicht nur geschichtspolitisch, er ist nicht nur die Ausformung einer geschichtsbezogenen Identitätsdebatte, und er speist sich nicht ausschließlich aus den Dynamiken einer Renationalisierung. Auch wissenschaftliche Entwicklungen gehören zum Hintergrund der Kontroverse, die sich gerade dadurch auszeichnet, dass sich in ihr geschichtspolitische und geschichtswissenschaftliche Argumente und Bewertungen verbinden, dass geschichtswissenschaftliche Erkenntnisse bemüht werden, um politische Urteile zu stützen und dass umgekehrt politische Positionen auf wissenschaftliche Perspektiven einwirken. Das mag man kritisieren, aber es ist in einer pluralistischen Gesellschaft kaum zu vermeiden. Geschichte wird nicht kontextfrei geschrieben, wissenschaftliche Standards und Ansprüche schließen politische Urteilsbildung nicht aus. Genau daraus speisen sich historische Kontroversen in einer demokratischen, pluralistischen Öffentlichkeit. Und das gilt erst recht, wenn es um so zentrale Themen geht wie Nation, Nationalismus und Nationalstaat oder um die Wurzeln, den Aufstieg des Nationalsozialismus und die Entstehungsbedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Verbrechen.

¹³ Dominik Geppert: Neuer Nationalismus? Vom deutschen Bedürfnis, das Kaiserreich schwarzumalen. In: Neue Zürcher Zeitung, 3.5.2021.

Wer heute Kritik an einem weichgezeichneten Bild des Kaiserreichs übt, tut dies in der Regel nicht aus einem „anhaltenden Unbehagen, wieder in einem Nationalstaat zu leben“ (Dominik Geppert)¹⁴, sondern weil die deutsche Nationalstaatlichkeit des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts kein Modell – und schon gar kein anschlussfähiges – abgibt für Nationalstaatlichkeit im 21. Jahrhundert. Nation und Nationalstaatlichkeit sind begriffliche Hülsen, die mit völlig unterschiedlichen Inhalten gefüllt werden können. Um diese Inhalte geht es und damit um Freiheit, Demokratie und Pluralismus, nicht um ein Bekenntnis zur Nation oder dagegen, nicht um Anerkennung oder Nicht-Anerkennung von Nationalstaatlichkeit.

Die Geschichtsschreibung zum Kaiserreich, die mit der kleindeutsch-bo-russischen Historiographie bereits in der Reichsgründungszeit einsetzte, hat lange gebraucht, um Distanz zu ihrem Gegenstand zu gewinnen. Das war auch eine generationelle Entwicklung. Fischer-Kontroverse und Sonderwegsthese prägten eine politische Sozialgeschichte, die in der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem programmatischen Aufschlag von Hans-Ulrich Wehler 1973¹⁵ in den 1980er und 1990er Jahren mit den Werken von Wehler selbst, von Wolfgang J. Mommsen und schließlich von Heinrich August Winkler zu ihren großen Synthesen gelangte.¹⁶ Selbst Thomas Nipperdeys Bände zum Kaiserreich wird man als Teil dieser historiographischen Entwicklung betrachten können.¹⁷ Dass Nipperdey das Kaiserreich als „Machtstaat vor der Demokratie“ bezeichnete, wirft ein Licht auf seine Urteilsperspektive.¹⁸

Wehlers *Gesellschaftsgeschichte* und Nipperdeys *Deutsche Geschichte* werden weithin als konkurrierende Geschichtsdeutungen verstanden, Deutungen vor allem der Geschichte des Kaiserreichs; und gewiss unterscheiden sich die beiden Darstellungen in vielerlei Beziehung. Doch schon in dem mit „Schattenlinien“ überschriebenen letzten Kapitel seines stark kulturschichtlich akzentuierten ersten Bandes zum Kaiserreich, erschienen 1990, war es Nipperdey wichtig, auf das bis dahin weitgehend ausgesparte Thema des geplanten nächsten Bandes hinzuweisen: die politische Geschichte. Nipperdey sorgte sich, dass er das Kaiserreich in zu hellem Licht habe erschei-

14 Ebd.

15 Hans-Ulrich Wehler: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918. Göttingen 1973.

16 Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 5 Bde. München 1987–2008; Wolfgang J. Mommsen: Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890. Berlin 1993; ders.: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. Berlin 1995; ders.: Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung, Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich. Frankfurt a.M. 1990; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, 2 Bde. München 2000.

17 Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866–1918, 2 Bde. München 1990–1993.

18 Ebd., Bd. 2, S. 893 (und auch der Titel des Bandes).

nen lassen, und stellte deshalb fest, dass es gewiss der politische Bereich sei, „der die Problematik der deutschen Geschichte der Zeit [des Kaiserreichs; E.C.], der Vorgeschichte von 1933 ausmacht.“¹⁹ Im Schlusskapitel des folgenden Bandes, findet sich daran anschließend nicht nur die Feststellung, dass Deutschland – im 19. Jahrhundert – zum Westen gehörte, sondern auch der Satz: „Politisch freilich blieb es hinter westlichen Modellen von Parlamentarismus und Demokratie zurück.“ Oder auch die Formulierung: „Die deutsche Geschichte in der Zeit des Kaiserreichs ist [...] auch eine Vorgeschichte. Und da drängt sich prominent das Jahr 1933 nach vorn und alles, wofür es historisch und symbolisch steht. Sind im Kaiserreich nicht Grundlagen, gar die Grundlagen für das Scheitern der Weimarer Republik, ja für den Aufstieg des Nationalsozialismus und seine Machtergreifung gelegt worden?“ Das Fragezeichen lässt allerdings auch die Skepsis Nipperdeys erkennen, der im Kaiserreich nicht nur ein „Ensemble von Vorgeschichten“ sehen möchte.²⁰

Die deutsche und die internationale Forschung zum Kaiserreich hat sich seit den großen Werken von Wehler und Nipperdey weiterentwickelt und weiter ausdifferenziert. Doch die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen Kaiserreich und Drittem Reich wird nach wie vor kontrovers diskutiert. Das kann angesichts der unverändert zentralen Bedeutung des Nationalsozialismus für das historische und politische Selbstverständnis der Deutschen, aber auch als zunehmend globaler historischer und erinnerungskultureller Referenzpunkt, nicht überraschen. Allerdings ist es mit Blick auf die deutsche Entwicklung nicht damit getan, darauf hinzuweisen, dass es in der Zeit um 1900 radikalen Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Militarismus auch in anderen europäischen Gesellschaften gab. Das sind in der Tat Ergebnisse einer systematisch vergleichenden Forschung, die von den Vertretern der Sonderwegsthese zwar stets postuliert, aber nur selten wirklich umgesetzt wurde.²¹

Trotz ihrer Defizite bleibt die von der Sonderwegsthese angestoßene und durch sie befruchtete Forschung zum Kaiserreich und zu der Frage nach den historischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus bis heute von großem Wert. In wesentlichen Elementen hat das Bild des Kaiserreichs, das nicht zuletzt im Umfeld der „Bielefelder Schule“ gezeichnet wurde, noch immer Bestand. Das gilt ganz besonders für die politische Sozialgeschichte: den strukturellen Autoritarismus, die Demokratiedefizite, den fehlenden Parlamentarismus, die Schwäche des Liberalismus, die Macht der traditionellen Eliten, den aggressiven Nationalismus oder den politischen und gesellschaft-

19 Ebd., Bd. 1, S. 812 f.

20 Ebd., Bd. 1, S. 878–881 (dort auch die Zitate).

21 Als Beispiel für diese jüngere Forschung siehe Mareike König/Élise Julien: Verfeindung und Verflechtung. Deutschland und Frankreich 1870–1918. Darmstadt 2019.

lichen Militarismus.²² Dies sind freilich keine marginalen Aspekte, wenn man nach wie vor an den tieferen Ursachen für den Ersten Weltkrieg interessiert ist und wenn man nach den Bedingungen und Dispositionen aus der Zeit vor 1918 fragt, die das Scheitern der Weimarer Demokratie sowie den Aufstieg und die Machtübernahme des Nationalsozialismus erklären helfen. Denn über der Weimarer Republik lag nicht nur der Schatten des verlorenen Weltkriegs, sondern auch der Schatten des Kaiserreichs.

Von der Vorstellung, der Verlauf der deutschen Geschichte sei seit und durch 1871 bestimmt und das Jahr 1933 sei seit der Reichsgründung ihr unausweichlicher Zielpunkt gewesen, ist diese Frage denkbar weit entfernt. Kein „Bielefelder“ hat das je behauptet. Und heute vertritt erst recht kein ernstzunehmender Historiker eine derart deterministische Position. Der Vorwurf einer „Resurrektion“ oder „Reanimation“ der Sonderwegsthese (Dominik Geppert) läuft daher ins Leere. Wer in jedem kritischen Blick auf das Kaiserreich die Sonderwegsthese oder gar die Behauptung einer zwangsläufigen Entwicklung hin zum Nationalsozialismus zu erkennen glaubt, baut einen Popanz auf und trägt dazu bei, die deutsche Geschichte des – kurzen – 20. Jahrhunderts von der des 19. Jahrhunderts zu trennen und die Frage nach den tieferen Wurzeln des Nationalsozialismus, die nicht nur Fritz Stern umtrieb, für irrelevant zu erklären.²³ Natürlich, es ist geradezu trivial, gehört das Kaiserreich auch zur Vorgeschichte von Bundesrepublik und DDR, ja seine Wirkungsgeschichte reicht in manchen Bereichen bis in unsere Gegenwart. Wer wollte diese Geschichtsmächtigkeit bestreiten, die sich selbstverständlich auf unterschiedliche Fragehorizonte und Fluchtpunkte beziehen lässt. Aber 1933 oder 1941 haben, wenn man über Fluchtpunkte spricht, doch eine andere Qualität als 1949 oder 1989/90.

Ein kritischer Blick auf das Kaiserreich ist – auch heute noch – zwingend, wenn man bedenkt, dass zwischen dem Beginn des Ersten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Machtübernahme nicht einmal zwanzig Jahre lagen. Angesichts dieser kurzen Zeitspanne, weniger als eine Generation, lassen sich die Vorgeschichte des Nationalsozialismus, die Bedingungen seines Aufstiegs, seiner Machtübernahme und der Etablierung seiner Herrschaft, nicht auf die Zeit nach 1918 reduzieren. Und man muss fragen, was hinter der Behauptung steckt, dass das Kaiserreich nicht als Vorgeschichte des Nationalsozialismus tauge.²⁴ Das Kaiserreich ist nicht „die“ Vorgeschichte

22 Siehe dazu auch, in einer rückblickenden Beurteilung der Sonderwegsthese und der durch sie geleiteten Geschichtsschreibung, Jürgen Kocka: „... immerhin hat dieser Nationalstaat die tiefsten Brüche und 150 Jahre überlebt.“ Interview von Yves Müller, <https://zeitgeschichte-online.de/interview/immerhin-hat-dieser-nationalstaat-die-tiefsten-brueche-und-150-jahre-ueberlebt> (2.5.2022).

23 Stern: Fünf Deutschland (wie Anm. 5), S. 10 und 303.

24 Siehe zum Beispiel Hedwig Richter: Erbfeindschaft, nur ein Klischee. In: Süddeutsche Zeitung, 25.5.2020.

des Nationalsozialismus, aber es gehört zu dieser Vorgeschichte dazu. Es aus ihr herauszulösen und die Zeit des Nationalsozialismus zu isolieren, sie zu verinseln, wie das Historiker in den Jahren unmittelbar nach 1945 zu tun versuchten, ist ahistorisch und auch deshalb problematisch, weil der deutsche Neonationalismus der Gegenwart dann ein umso helleres und vermeintlich auch eher anschlussfähiges Bild des deutschen Nationalstaats Kaiserreich zeichnen kann. Es ist in diesem Zusammenhang bezeichnend und wenig überraschend, dass der neue Nationalismus der Gegenwart, der sich zum Teil freilich aus alten Wurzeln speist, sich ebenfalls am Popanz „Sonderweg“ abarbeitet, der angeblich nichts anderes sei als „die in die Geschichtswissenschaft eingegangene antideutsche Propaganda des Ersten Weltkriegs“.²⁵

Wenn aber die deutsche Geschichte seit der Mitte des 19. Jahrhunderts keinen Sonderweg in die Moderne einschlug, sondern mit vielen Ähnlichkeiten und Parallelen zu anderen Nationen Teil einer europäischen Entwicklung war, dann bleibt dennoch der Absturz in Diktatur und Völkermord ein unbestreitbares und immer wieder neu erklärungsbedürftiges Spezifikum dieser Geschichte. Man kann und sollte die Geschichte des Kaiserreichs einbetten in europäische und globale Dynamiken. Aber dass die deutsche Entwicklung zu Nationalsozialismus und Holocaust führte, steht einer zu weitgehenden Entnationalisierung beziehungsweise Europäisierung dieser Geschichte entgegen. Der Erste Weltkrieg mag eine gemeinsame Erfahrung gewesen sein, wobei sich im deutschen Falle die sozialen Spannungen und politischen Konflikte der Vorkriegszeit noch einmal verschärften. Das Kriegsende und seine Folgen freilich waren das gewiss nicht. Die Niederlage von 1918, ein Absturz ohnegleichen und in der deutschen Gesellschaft so unverstanden wie unverarbeitet, ist nicht nur eine weitere Besonderheit der deutschen Geschichte – gerade im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich. Vielmehr liegt hier eine entscheidende Erklärung dafür, warum bereits im Kaiserreich angelegte Probleme die Stabilisierung der aus Niederlage und Revolution entstandenen Demokratie verhinderten. Die Weimarer Republik war nicht die einzige nach dem Ersten Weltkrieg entstandene Demokratie, die schon nach kurzer Zeit zerstört und in ein autoritäres Regime verwandelt wurde. Doch der Nationalsozialismus war nicht irgendein autoritäres Regime, seine Durchsetzungsfähigkeit ergab sich auch aus einer politischen Disposition der deutschen Gesellschaft und ihrer politischen Kultur, die ohne die Geschichte des Kaiserreichs nicht zu erklären ist.

Vor diesem Hintergrund irritieren auch die Versuche, die Geschichte des Kaiserreichs als – im europäischen Rahmen – „normal“ zu charakteri-

25 Siehe zum Beispiel Benjamin Hasselhorn: Und ewig grüßt der Sonderweg. In: Cicero online, 30.7.2019.

sieren und kritische Urteile als Versuche zu bewerten, einen „negativen Exzessionalismus“ zu etablieren, der nicht nur auf die Geschichte, sondern auch, fast mehr noch, auf die Gegenwart ziele.²⁶ Und das reicht weit über die Geschichtswissenschaft hinaus, wird freilich zumindest zum Teil auch aus ihr gespeist. Unter der bezeichnenden Überschrift „Deutschland. Aber normal“ wandte sich die Alternative für Deutschland (AfD) in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021 gegen die „Schmähung des Deutschen Kaiserreichs“, das „unzutreffend als rückständiger Unrechtsstaat diffamiert“ werde.²⁷ Die weitere Entwicklung der deutschen Geschichte mit den Fluchtpunkten 1933 und 1941 verbietet ein solches historisches Normalitätspostulat. Und selbst ohne diese Perspektive einzunehmen, was freilich schwierig, wenn nicht unmöglich ist: Was bedeutet, was impliziert die These der „Normalität“? Die Rede von Deutschland – im Kaiserreich, nach 1918, nach 1945, in der Gegenwart – als einer „normalen Nation“, worauf will sie hinaus?

Zweifellos waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert alle westlich-europäischen Länder durch zahlreiche Gemeinsamkeiten und ähnliche Entwicklungen verbunden: politisch, gesellschaftlich, wirtschaftlich, kulturell. Aber diese Grundgemeinsamkeiten widersprechen nicht der Existenz nationaler Eigenheiten, nationaler Besonderheiten, nationaler Spezifika.²⁸ Genau das hat die jüngere vergleichende und zum Teil auch verflechtungsgeschichtliche Forschung gezeigt, die gern von denjenigen zitiert wird, die auch das Wort von der „normalen Nation“ oder einer „normalen Geschichte“ im Munde führen und vor einer Renaissance oder einer Wiederbelebung des Sonderwegsdenkens warnen. Aber davon kann keine Rede sein. Die Sonderwegsthese der 1960er und 1970er Jahre ist doch gerade auch deshalb kritisiert und schließlich überwunden worden, weil sie von ahistorisch-artifiziellen Normalitätspostellungen ausging, die der Vielgestaltigkeit der europäisch-westlichen Nationen und ihren Entwicklungen trotz ihrer Grundgemeinsamkeiten nicht gerecht wurde. Dass man sich darüber hinaus von einem nationalen „Container-Begriff“ wie „das Kaiserreich“ lösen muss, um der Vielschichtigkeit und den unterschiedlichen Dimensionen der historischen Entwicklung im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert (auch in ihren transnationalen Bezügen) gerecht zu werden, hat jüngst Claudia Gatzka zu Recht betont.²⁹

- 26 Siehe beispielsweise Dominik Geppert u.a.: Der Beginn vieler Schrecken. In: Die Welt, 3.1.2014.
- 27 Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, o.O. 2021, S. 160.
- 28 Vgl. dazu: „Für die Sonderwegsthese habe ich mich nie interessiert“. Ein Gespräch mit Isabel V. Hull. In: Mittelweg 36 (2021/4), S. 125–136, hier 129 f.
- 29 Claudia C. Gatzka: „Das Kaiserreich“ zwischen Wissenschaft und Public History. In: Merkur 75 (2021), 7, S. 5–15.

Auch von der Ambivalenz des Kaiserreichs ist in der jüngsten Diskussion häufig die Rede. Das ist einerseits fraglos richtig und kaum zu bestreiten. Andererseits greift es zu kurz, wenn man nicht diese Ambivalenz für unterschiedliche Bereiche und Entwicklungen präzise aufzeigt. Vor allem jedoch sollte der Begriff „Ambivalenz“ nicht dazu dienen, die problematischen Seiten des Kaiserreichs zu relativieren und in einem diffusen Gesamtbild aufgehen zu lassen. Das Plädoyer Thomas Nipperdeys, die „Grundfarbe der Geschichte ist grau, in unendlichen Schattierungen“, das sich gerade auch auf das Bild des Kaiserreichs und die Kaiserreich-Historiographie bezog, wirkt auf den ersten Blick einleuchtend.³⁰ Auf den zweiten jedoch wird deutlich, wie sehr dadurch, weniger bei Nipperdey selbst als bei manchen, die sich auf ihn berufen, klare Urteile vermieden werden und ein weichgezeichnetes Bild des Kaiserreichs gerechtfertigt wird, das nicht von kritischer Distanz geprägt ist, sondern von einer tendenziellen Affirmation solcher Bilder.

Nicht überall speist sich diese Nähe, die in der Idee der Nationalstaatlichkeit den entscheidenden Bezug zur Gegenwart findet, aus neonationalistischen Positionen. Aber auch ein Nationsverständnis, das mit Blick auf das Kaiserreich primär auf Demokratisierung und Egalisierung abhebt, übersieht die Schattenseiten des Nationalismus – das Ausgrenzende, die Exklusion derer, die nicht zur Nation gehören sollten, den Imperativ der politischen, kulturellen und, nicht zuletzt, ethnischen Homogenisierung. Geschichtsbilder, die die Modernität, die Fortschrittlichkeit und die kulturelle Dynamik des Kaiserreichs und seiner Gesellschaft betonen,³¹ überdecken die Persistenz autoritärer Strukturen, die anhaltende soziale Fragmentierung, den nach innen wie nach außen aggressiven Militarismus, einen brutalen, zum Teil völkermörderischen Kolonialismus und die sozialdarwinistisch unterfütterte Ideologie nationaler Machtstaatlichkeit. Das Kaiserreich war zwar, insbesondere in der Zeit des Wilhelminismus, eine moderne Gesellschaft, zumindest aber eine Gesellschaft in beschleunigter Modernisierung. Der Modernitäts- oder Modernisierungsbegriff freilich, der auf das Kaiserreich angewandt wird, ist in vielen Fällen normativ aufgeladen. Er versteht Modernität als westlich, liberal, demokratisch bestimmt und Modernisierung als Entwicklung in diese Richtung. Eine reaktionäre Modernität – „reactionary modernism“³² (Jeffrey Herf) – wird dabei nur selten mitgedacht: eine illiberale, un- oder antidemokratische Modernisierung, die sich mit politischem Autorita-

30 Nipperdey: Deutsche Geschichte (wie Anm. 17), Bd. 2, S. 905.

31 Siehe beispielsweise die einschlägigen Kapitel in Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre. München 2020, oder dies.: Aufbruch in die Moderne. Reform und Massenpolitisierung im Kaiserreich. Berlin 2021.

32 Jeffrey Herf: Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich, Cambridge 1986.

rismus, Repression und Gewalt verbindet, Wirtschaftswachstum sowie technisch-industrieller und wissenschaftlicher Fortschritt, die aber keinen Gewinn an Freiheit oder Demokratie bedeuten. Jenseits verschiedener Beispiele aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts führt das China der Gegenwart solche Möglichkeiten deutlich vor Augen. Das sollten diejenigen bedenken, die die „kulturellen, technologischen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Kaiserreichs“ preisen, ohne deren politischen und gesellschaftlichen Kontext zu berücksichtigen.³³

Viel zu wenig war in der Debatte über das Kaiserreich von Außenpolitik die Rede. Dabei gehört auch dieser Bereich konstitutiv zur Geschichte des Kaiserreichs, dessen Historie – bis hin zum Ersten Weltkrieg – wir nicht adäquat analysieren und erklären können, wenn wir nicht der Interdependenz innerstaatlicher und innergesellschaftlicher Entwicklungen einerseits und internationaler Entwicklungen andererseits angemessen Rechnung tragen. Die internationale Politik des Kaiserreichs, einschließlich ihrer militärischen Dimension, war in der jüngsten Debatte über das Kaiserreich ein blinder Fleck. Gelegentlich tauchte in den Diskussionsbeiträgen die Frage nach dem deutschen Kolonialismus auf, der entweder als Argument für die im europäischen Maßstab „normale“ Geschichte Deutschlands bemüht oder aber in einer Debatte, die weit über das Kaiserreich hinausreicht, mit den Verbrechen des Nationalsozialismus verbunden wurde. Nicht zuletzt die Frage nach den Bezügen und Zusammenhängen zwischen dem kolonialen Völkermord an den Herero und Nama in den Jahren 1904 bis 1908 und dem Holocaust spielte dabei eine zentrale Rolle.³⁴

Aber auch abgesehen davon scheint es wichtig, die Rolle des Kaiserreichs als internationaler Akteur stärker, differenzierter und kritischer in den Blick zu nehmen, als dies in den letzten Jahrzehnten geschehen ist. Das beginnt mit der noch immer weithin unkritischen Sichtweise auf Bismarcks Bündnispolitik, die bis in die Schulbücher hinein positiv bewertet und in dieser positiven Bewertung von der Außenpolitik der wilhelminischen Ära abgehoben wird. Lothar Galls Befund, Bismarcks Bündnisse seien nur ein „System von Aushilfen“ gewesen, markiert beinahe schon die stärkste Ausformung einer kritischen Sichtweise.³⁵ Dass und in welchem Maße Bismarcks Politik auf der Idee bindungsfreier nationaler Machtstaatlichkeit beruhte und damit auf einem Unilateralismus, der völkerrechtsfern, wenn nicht völkerrechtsfeindlich war, wird nur selten wahrgenommen. Auch der deutsche Kolonialismus wird ganz überwiegend mit dem Wilhelminismus in Verbin-

33 Das findet sich nicht nur, aber auch im AfD-Programm „Deutschland. Aber normal“ von 2021, S. 160.

34 S. beispielsweise Jürgen Zimmerer: Von Windhuk nach Auschwitz. Beiträge zum Verhältnis von Kolonialismus und Holocaust, Münster 2011.

35 Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt a.M. 1980, S. 634–638.

dung gebracht, mit dem angeblichen Übergang zur „Weltpolitik“ und dem Streben nach einem „Platz an der Sonne“ nach 1890. Das unterschlägt, dass der Löwenanteil der deutschen Kolonien in den 1880er Jahren, in der Ära Bismarck, erworben wurde und dass diese kolonialen Erwerbungen gerade kein Intermezzo, wie es immer wieder heißt, waren,³⁶ sondern der Beginn des deutschen Kolonialismus, hinter den kein Weg zurückführte. Und bereits in den 1880er Jahren, also noch mit Bismarck als Reichskanzler, begannen die ebenso brutalen wie blutigen Kolonialkriege des Deutschen Reiches, eine Serie, die bis zum Ersten Weltkrieg nicht abriss. Dass auch die anderen europäischen Kolonialmächte solche Kriege führten, ist nicht zu bestreiten. Aber was folgt daraus? Bezweckt eine solche Argumentation nicht eine Relativierung?

Der Beginn des Ersten Weltkriegs und die Frage nach dem Anteil der deutschen Verantwortung für den Weg in den Krieg waren stets ein zentrales Element und ein wichtiger Fluchtpunkt der Kaiserreich-Historiographie. Das ist ähnlich wie in der Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre auch in der kontroversen Debatte über Christopher Clarks „Schlafwandler“ wieder deutlich geworden.³⁷ So wie die Fischer-Kontroverse einen Forschungsschub auslöste, der weit über die Entwicklungen von 1914 hinausreichte, lassen sich auch die jüngsten Auseinandersetzungen über das Kaiserreich ohne den Vorlauf der Diskussion über Clarks Buch nicht verstehen. Es ging in dieser Debatte nicht um eine Kontroverse zwischen „Internationalisten“ und „Traditionalisten“, wie sie Dominik Geppert verkürzend nennt, denn beide Sichtweisen haben eine lange Tradition. Und die sogenannten „Traditionalisten“ marginalisierten die internationale Dimension gerade nicht, vielmehr bezogen sie innerstaatliche und innergesellschaftliche Faktoren in ihre Analyse ein und erhöhten dadurch deren Komplexität. Dass Christopher Clark den Kriegsbeginn 1914 als kollektives Versagen der europäischen Eliten deutete, zum Teil auch als Systemversagen,³⁸ wirkte insgesamt auf das Bild des Kaiserreichs in der deutschen Öffentlichkeit zurück. Und es ging schon 2014 weder allein um eine wissenschaftliche Auseinandersetzung noch um eine rein geschichts- und vergangenheitsbezogene Debatte. Das Kaiserreich, so war schon damals zu lesen, werde nicht zuletzt durch eine kritische historische Forschung und Publizistik in ein schlechtes Licht gerückt, es werde als autoritär und aggressiv charakterisiert, um das Deutschland des 20. Jahrhunderts zu treffen und es an einer selbstbewussten nationalen Poli-

36 S. beispielsweise Andreas Rose: Deutsche Außenpolitik in der Ära Bismarck (1862–1890). Darmstadt 2013, S. 98–110, oder Klaus Hildebrand: Deutsche Außenpolitik 1871–1918. München 1993, S. 15 f.

37 Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.

38 Ebd.

tik zu hindern.³⁹ Es ist kaum überraschend, dass die AfD solche Positionen beziehungsweise Deutungen noch weiter zugespitzt hat. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2021 hieß es, dass die „Aggressivität [...] gegen das Kaiserreich“ nicht nur diesem vergangenen Staat gelte, „sondern der deutschen Nation an sich“.⁴⁰

Geschichte ist immer Gegenwart, und insofern sind kontroverse Geschichtsdeutungen stets auch Teil gegenwartsbezogener Selbstverständigungsdebatten. Das gilt auch für den Blick auf das Kaiserreich, und in diesem Licht muss man die Debatten 150 Jahre nach der Reichsgründung betrachten und einordnen. Wenn aus diesen Debatten neue Impulse für die geschichtswissenschaftliche Forschung zum Kaiserreich entstünden, dann wäre das nur zu begrüßen. Oberflächliche Ambivalenzbefunde allein sind freilich noch keine überzeugende Forschungsperspektive. Aus einer Collage von Widersprüchen wird noch kein Bild des Kaiserreichs, Synthesen müssen über das Additive hinauskommen. Nötig ist vielmehr eine differenzierte Forschung, die unterschiedliche, zum Teil auch widersprüchliche Entwicklungslinien zutage treten lässt und zum Gegenstand der Analyse macht, die aber zugleich das Urteil und die Bewertung – auch im Licht späterer Entwicklungen – nicht scheut. Von einer unkritischen, neonational motivierten und von nationalstaatlichen Kontinuitätspostulaten bestimmten Aneignung der Geschichte des Kaiserreichs ist eine solche Forschung weit entfernt.

39 Siehe beispielsweise Cora Stephan: Die Urkatastrophe. In: Die Welt, 14.11.2013; oder Dominik Geppert u.a.: Der Beginn vieler Schrecken. In: Die Welt, 3.1.2014.

40 Deutschland. Aber normal (wie Anm. 27), S. 161.

